Volk und Regierung

Autor(en): **Oprecht, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **19 (1939-1940)**

Heft 12

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-333863

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

19. JAHRGANG — AUGUST 1940 — HEFT 12

Volk und Regierung

Von Hans Oprecht.

Das Problem der Führung in der Demokratie ist seit der Rede des Bundespräsidenten vom 25. Juni von größerer Aktualität geworden. Der Bundespräsident forderte darin das Schweizervolk auf, «der Regierung zu folgen» als «einem sicheren und hingebenden Führer», der seine «Entscheidungen nicht immer erklären, erläutern und begründen» könne. Der Appell des Bundespräsidenten an das Schweizervolk endigte mit dem Hinweis darauf, daß es sich hinter dem Bundesrat zusammenschließen, ruhig bleiben und Vertrauen haben solle, wie der Bundesrat selber auch Vertrauen habe.

Es ist nicht unsere Aufgabe und es soll auch nicht der Sinn dieser Ausführungen sein, in kleinlicher Kritik den Wert der Aufforderung des Bundesrates an das Schweizervolk, ihm Vertrauen zu schenken und ihn als sicheren und hingebenden Führer zu betrachten, herabzusetzen. Die Frage der Führung des Volkes in der Demokratie durch die Regierung wird durch die Aufforderung des Bundesrates aber zu einer entscheidenden Vertrauensfrage. Sie muß deswegen von uns ernsthaft und in aller Objektivität überprüft werden. Dabei zeigt sich ohne weiteres als unerläßlich und notwendig, daß in der gegenwärtigen Zeit auch in der Demokratie rasch entschieden und rasch gehandelt werden muß. Wer jetzt nicht rasch entscheiden und rasch handeln kann, der wird nicht nur «historische Gelegenheiten» verpassen, er kann durch sein Zweifeln und sein Zaudern das Schicksal des Landes gefährden. Frankreichs jüngste Vergangenheit lehrt uns gerade in dieser Beziehung mehr als genug.

Aber Vertrauen *haben* allein genügt nicht. Vertrauen muß irgendwie *fundiert* sein. Es muß sich stützen können auf die bisherigen Entscheidungen, die bisherigen Handlungen, das heißt auf die bisherige Politik des Bundesrates. Daß sie bisher besonders für uns Sozialdemokraten, aber auch für das Volk im allgemeinen nicht besonders vertrauenerweckend gewesen ist, braucht wohl keines langen Nachweises. Die Politik des Bundesrates lebte sozusagen von der Hand in den Mund. Sie war weder von einem entschlossenen Willen zu raschem Handeln getragen, noch ging sie irgendwie von einer grundsätzlichen politischen Konzeption aus.

Das gilt in bezug auf die Außenpolitik des Bundes, das gilt aber auch in bezug auf die schweizerische Innenpolitik. Wir meinen damit nicht, daß der Bundesrat «auf Grund sauber präparierter Programme» Politik machen müßte. Aber der Bundesrat muß eine politische Konzeption verkörpern. Er muß seine Entscheide und Handlungen aus dieser Konzeption hervorgehen lassen. Vertrauen ergibt sich von selber, wenn der Eindruck besteht, daß die Handlungen und Entscheidungen aus einem bestimmten und entschlossenen Willen hervorgehen und von einer klaren politischen Meinung getragen sind.

Der Mangel solch politischer Konzeption bei den im Bund herrschenden Parteien war nie evidenter als gerade heute. Ihre Politik ist ausgesprochen Tagespolitik, «Politik aus dem Handgelenk», die in einer Verkennung der Entwicklung der Dinge sich bisher hervorgetan hat, wie sie nicht hätte schlimmer sein können. Ich will nicht durch Beispiele noch aus der jüngsten Zeit diese Behauptungen zu belegen versuchen, diese Beispiele sind bekannt. Ich will nur auf das eine große staatspolitische Problem hinweisen: auf das der Arbeitsbeschaffung und seiner politischen Behandlung durch den Bund in den letzten Jahren.

Die Frage des Vertrauens ist eine solche der Beziehung zwischen Volk und Regierung. Vertrauen besteht darin, daß die Beziehung zwischen denen, die Vertrauen heischen, und denen, die Vertrauen gewähren müssen, nicht nur gut geordnet ist, sondern aus einem direkten und persönlichen Kontakt zwischen ihnen hervorgeht. Der Bundesrat darf nicht *über* dem Volke leben. Das Bundeshaus darf den Kontakt mit dem Volk nicht verlieren. Es besteht aber heute eine Lücke zwischen Volk, Parlament und Bundesrat. Nationalrat Oeri hat schon vor einiger Zeit in den «Basler Nachrichten» darauf hingewiesen. Es ist kürzlich von der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» in einer Eingabe an den Bundesrat auf diesen Mangel an Kontakt zwischen dem Bundesrat und seiner Politik, dem Parlament und dem Volk hingewiesen worden. Diese Lücke muß irgendwie beseitigt werden.

Es kann sich aber nicht darum handeln, dabei erneut eine überparteiliche oder interparteiliche Organisation aufzuziehen. In der Schweiz hat eine Einheitspartei keinen Platz. Die Eidgenossenschaft besteht und fällt mit ihrem föderativen Aufbau, der sich auf die Gemeinden und Kantone und die in ihr wirkenden politischen Parteien und wirtschaftlichen Berufsverbände stützt. Wer glaubt, in der Schweiz einen «Einheitsbrei anrühren» zu können, der würde damit ihre Grundlagen zerstören. Aber woran es mangelt, liegt auf der Hand: Der Bundesrat braucht sozusagen ein aus Eisen geschmiedetes «geistiges Korsett». Starke Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft und auch aus dem großen Kreise der «Stillen im Lande» sollten den Bundesrat nicht nur beraten, sondern ihn ständig «umgeben», sozusagen als politischer Gehirntrust. So kann der Bundesrat vielleicht zum sicheren und hingebenden Führer werden, der seine Entscheidungen nicht zu erklären, zu erläutern und zu begründen braucht, aber dann würde er getragen von einem Vertrauen, das aus dem ganzen

Volke hervorginge. Der Bundesrat hat bisher zu den Vorschlägen der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» noch nicht Stellung bezogen. Er hat gerade damit wiederum gezeigt, wie lange er zaudert, bis er politisch klare Erkenntnisse gewinnt und wie lange er braucht, bis er sicher und hingebend Entscheide treffen kann.

Handlungen und Taten erwecken Vertrauen. Der Bundesrat soll handeln und damit das Vertrauen des Volkes sich erringen.

Die Parole

Von Werner Stocker.

Umlernen! heißt die Parole des Tages. Sie kam aus dem Munde des Bundespräsidenten; sie wurde von der gesamten Presse übernommen; sie findet im Volke sichtlich Anklang.

Umlernen! Wie sehr können wir Sozialdemokraten mit dieser neuen bundesrätlichen Weisung einverstanden sein! Denn für uns ist ja die Aufforderung und Erkenntnis, daß es umzulernen gelte, nicht ganz neu. Seit Monaten und Jahren haben wir in wichtigen Landesfragen eine Wandlung der Gesinnung und eine Umstellung der Methoden gefordert. Mit Genugtuung haben wir auch wiederholt feststellen können, daß im Bundeshaus und bei gewissen bürgerlichen Parteien eine solche Wandlung sich allmählich ankündigte. Um so mehr soll es uns freuen, wenn diese Haltung jetzt in der bundesrätlichen Forderung des Umlernens ihren klaren, unzweideutigen Ausdruck findet.

Indessen scheint uns immer noch reichlich viel Unklarheit über den *Sinn* und die *Richtung* dieses notwendigen Umlernens zu herrschen. Man redet — vor allem in bürgerlichen Redaktionsstuben — laut und viel vom «Versagen alter Methoden», von neuen Wegen, die man beschreiten müßte, von «grundstürzender» Umstellung.

Was aber soll nun *geschehen? Wer* hat versagt, und *was* hat versagt? Wer weist den neuen Kurs, und wohin geht dieser Kurs? — Es ist nicht überflüssig, auf diese Frage etwas näher einzutreten.

Den konkreten Inhalt der im übrigen etwas dunkeln Rede des Bundespräsidenten vom 25. Juni bildet die Forderung: Arbeit schaffen, koste es, was es wolle! Mit andern Worten: Arbeitslosigkeit ist eine *politische* Gefahr — Arbeitsbeschaffung ein so wichtiger Teil der Landesverteidigung wie die militärische Rüstung und Bereitschaft.

Erinnern wir uns, daß es mehrjähriger, harter Kämpfe bedurfte, bis diese Erkenntnis im Bundeshaus durchbrach. Es bedurfte, um nur einige Beispiele zu erwähnen, in der Bundesversammlung der Motionen, Postulate und Interpellationen Huggler (1932), Bringolf (1933), Grimm (1934), Perret (1934), Kägi (1936), Schmidlin (1937), Müller-Biel (1937 und 1939), Schmid-Solothurn (1937), Wenk (1938), Briner (1938). Es bedurfte der sozialdemokratischen *Arbeitsbeschaffungsinitiative* von 1936 und ungezählter Aktionen in der Arbeiterpresse, in Demonstrationsversammlungen, in sozialdemokratischen Eingaben an die verantwortlichen Behörden.